

# Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn  
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

## MODELLFALL BREMEN

Johann-Tönjes Cassens

Als Spitzenkandidat der Bremer CDU erscheint es mir im Hinblick auf die Wahlen am 10.10.1971 von entscheidender Bedeutung, wieviele Stimmen unsere Partei in diesen Wahlen hinzugewinnt. Die CDU präsentiert sich heute in Bremen und Bremerhaven als eine Partei, die sich in der Landespolitik als Motor für viele Reformvorhaben bewährt hat und die Kraft aufbringt, dem Stadtstaat die Zukunft zu sichern.

Demokratie bedeutet Wechsel. Das muß auch für deutsche Großstädte gelten. Insoweit wird Bremen zum Modell. Jede Landtagswahl in einer Zeit starker politischer Konfrontation ist bundesweit interessant. Aber darüber hinaus wird die Oktoberwahl auch Aufschluß geben über das Verhältnis Großstadt und CDU. Die Doppelnatur christlich-demokratischer Politik liegt einmal im Kampf für die Freiheit der Privatsphäre, zum anderen in dem Bemühen, dem einzelnen die notwendige gesellschaftliche Integration zu ermöglichen. Die Notwendigkeit dieser Bemühungen wird in Ballungsgebieten besonders erkennbar. Gerade hier gewinnt der Versuch, die einzelne Person gegen den Anspruch kollektiver Gewalten zu stärken, zunehmende Bedeutung.

Für die konkrete Politik der Bremer CDU heißt das konkret: in ihrem Fadenkreuz stehen individuelle Bedürfnisse, aber keine Dogmatik, keine Ideologie. Das gilt nicht in gleichem Maße für die SPD. Je weiter wir uns von der ersten Aufbauphase in der Bundesrepublik entfernen, desto stärker ist eine Reideologisierung der Sozialdemokratie zu verzeichnen. Eine so fortschrittsgläubige Partei wie die SPD hat es immer schwer, sich auf die Sorgen und Nöte einzustellen, die den Bürger heute bewegen. Die Wirklichkeit muß stets dem Parteiprogramm angepaßt werden, nicht umgekehrt. Im Gegensatz zur CDU, die bei der Rückbesinnung auf ein "christliches Menschenbild" den ständigen Dialog mit der Wirklichkeit ermöglicht und fördert, muß die SPD ständig Glaubensbekenntnisse herbeten: Demokratie ist ohne Sozialismus nicht möglich. Sozialismus ist ohne Demokratie nicht möglich. Demokratie ist ohne ....

Nr. 9 1. September 1971

### AUS DEM INHALT

Modellfall Bremen	1
Kommunalpolitik als gesellschaftspolitische Aufgabe Rüdiger Göb	3
Über die Hochschulen zur Macht Peter Hintze	6
Wir stellen zur Diskussion:	
Betreuung der Gastarbeiter Heinz Rudolph	9
Gastarbeiter - Nigger unserer Gesellschaft? Norbert Blüm	11

-----  
*Die Leser der "Evangelischen Verantwortung" sind zum 16. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU eingeladen (siehe Seite 5).*

In Bremen gibt es zu wenig Kindergartenplätze, weil Sozialisten keine freien Träger fördern. Das ist reine Ideologie aber keine Politik, die den Anspruch erheben kann, dafür zu sorgen, daß jeder mehr aus seinem Leben machen kann. In Bremen entsteht die "linkeste" aller Universitäten der Bundesrepublik. Eine Universität, die keine Garantie für Öffentlichkeit, keine demokratische Kontrolle, keine Wahrnehmung ihrer Verantwortung durch die zuständigen Politiker, keine Rechtssicherheit für die künftigen Mitglieder der Universität, keine Übertragbarkeit der Studienleistungen, also kein faires Angebot an den Studenten, der hier sein Studium beginnen soll, erkennen läßt, keinen Pluralismus der Personen, Lehrinhalte und Forschungsrichtungen. Die Bremer Universitätsgründer wollen "Partei ergreifen" und "sich offen auf die Seite des Fortschritts des Volkes, in der konkreten Bedeutung des Wortes", schlagen. Elitäre Arroganz weiß, was gut fürs Volk ist.

Der Dumme, darüber kann es keinen Zweifel geben, ist bei solchen Unternehmen immer der sprichwörtliche "kleine Mann". Aber gerade um den muß sich eine Politik kümmern, die gesicherten Fortschritt garantieren will. CDU-Politik, das heißt für uns, sich um die Armen kümmern, um die alten Leute, das heißt für uns, Chancengleichheit fördern - auch durch mehr Kindergärten - daß heißt für uns, eine Reform des Bodenrechts fordern, das heißt für uns, die einkommensschwächeren Bevölkerungskreise durch Zuschüsse und Zinsverbilligung zu Eigentümern und nicht zu Mietern ihrer Sozialwohnungen zu machen, usw.

Zur CDU-Politik gehört auch eine klare Führung. Bonner und Bremer Regierung zeichnen sich durch Führungsschwäche aus. Die Beratungen für den nächsten Zwei-Jahres-Haushalt der Hansestadt haben eine große innere Zerrissenheit der SPD deutlich gemacht. Die sozialdemokratisch beherrschten Deputationen haben Haushaltsentwürfe vorgelegt, die die mittelfristige Finanzplanung um 1,3 Milliarden Mark übersteigen. Nichts zeigt deutlicher, daß die SPD nicht nur kein geschlossenes Konzept für die heute anstehenden Probleme besitzt, sondern daß es ihr auch an starken Persönlichkeiten mangelt, die die Partei disziplinieren könnten. Wer die Staatsfinanzen nicht in der Hand hält, kann kein überzeugendes politisches Gesamtkonzept vertreten. Seine politischen Bemühungen müssen Stückwerkbleiben.

Bei allem Optimismus muß festgehalten werden, daß es der CDU in den SPD-regierten Ländern schwerfällt, ihre politischen Vorstellungen und Ideen der Öffentlichkeit in umfangreichem Maße zur Kenntnis zu bringen, da die CDU als Oppositionspartei weder über die notwendigen finanziellen Mittel noch über den entsprechenden Apparat verfügt. Bei den Landtagswahlen im Juni 1970 in NRW hatte die SPD-Regierung erhebliche Summen (aus öffentlichen Mitteln natürlich) zur Verfügung, um "ihre Leistungen" markt- und termingerechtfertigt der Bevölkerung an Rhein und Ruhr darzustellen. Und auch in Bremen liegen die Verhältnisse kaum anders. Aber Geld alleine - so sagen wir uns in der Bremer CDU - ist für die SPD noch keine gewonnene Wahl. Die Frage nach der geistigen Substanz - nach dem unmittelbaren Engagement ist wichtig. So hat die CDU Bremen sich im Wahlkampf zu einer Aktion "bürgernahe Information" entschlossen, um das direkte Gespräch mit dem Bürger zu suchen. Dieser Einsatz stellt lebendige Politik dar - wollen wir hoffen, daß der Wähler ihn honoriert.

Rüdiger Göb

Vor einiger Zeit wurde von einem Meinungsforschungsinstitut eine Befragung der Bevölkerung über ihre Einstellung zu kommunalen Problemen durchgeführt, bei der ein zum Teil erschreckend geringer Wissensstand darüber zum Vorschein kam, was eigentlich kommunale Aufgaben seien. Diese wurden unter anderem umschrieben als "städtische Aufgaben", "Aufgaben, die dem Wohl der Stadt dienen", "Gemeindeaufgaben im Gegensatz zu Bund- und Länderaufgaben" - konkret wußte kaum jemand etwas zu bezeichnen. Dem entspricht auf der Seite des Politikers, daß er kommunalpolitische Arbeit als sozusagen im Vorfeld der eigentlichen politischen Arbeit im Landtag oder Bundestag liegend ansieht. Das kommunale Mandat gilt vielfach nur als die Eintrittskarte zur Besteigung der eigentlichen Karriereleiter, wo die wirklichen Aufgaben und das wahre Prestige warten. Politiker wie der Mann auf der Straße geben der Kommunalpolitik - von rühmlichen Ausnahmen natürlich abgesehen - einen geringen Stellenwert. Vielfach kommt zu der Geringschätzung noch die Fehleinschätzung hinzu. Auch hier sind sich wieder Politiker und Bürger einig. Kommunalpolitik, wird gesagt, habe eigentlich mit Politik recht wenig zu tun, das sei vielmehr eine Angelegenheit, die am besten von parteipolitisch neutralen Fachleuten betrieben werden könne. Parteien, so nimmt man an, seien doch nur daran interessiert, ihren Mitgliedern gute Positionen zu verschaffen. Schließlich sei eine Straße eine Straße und eine Schule eine Schule. Hier gehe es nur um die Funktionsfähigkeit, um gute Planung, da sei es völlig belanglos, welcher Partei jemand angehört. Wichtig sei vor allem, daß die entsprechenden Sachkenntnisse vorhanden sind.

Eben nicht! Politik ist kein Kirschkuchen mit trockenem Boden, einer Schicht Kirschen und darüber den besonders geschätzten Mandeln. Kommunalpolitik ist nicht der trockene Boden des Politikirschkuchens, sondern sie ist Politik schlechthin. Wenn man die Bedeutung der Kommunalität etwa im Bereich der Infrastrukturinvestitionen, im Bereich von Bildung, Kultur, Erholung, im Bereich der Sozialpolitik betrachtet, wird man sehr schnell einsichtig, daß hier über gesellschaftspolitisch außerordentlich relevante Entwicklungen entschieden wird. Kommunalpolitik ist keine Fachpolitik, sondern Gesellschaftspolitik und damit von der Parteipolitik nicht zu trennen. Wie gesellschaftspolitisch relevant Kommunalpolitik ist, sollte, wenn nichts anderes, die Tatsache unter Beweis stellen, daß kein Bereich der Politik solch dominierendes Interesse und solch eine intensive Beschäftigung bei den modernen Ideologen der Politik, den Jungsozialisten, gefunden hat, wie gerade die Kommunalpolitik.

Zwei Drittel aller Infrastrukturinvestitionen werden im kommunalen Bereich vorgenommen. Damit werden die Weichen für die Entwicklung der inneren Struktur unserer Gesellschaft gestellt. Schon

heute spricht man in Amerika von dem, was wir generell als innenpolitische Themen bezeichnen, nur als "urban problems". Das Schicksal der modernen Massengesellschaft entscheidet sich in den Kommunen.

Eine Vernachlässigung der Kommunalpolitik gerade in diesem Jahre würde sich als verhängnisvoll erweisen. Denn die Kommunalpolitik durchläuft zur Zeit einen Prozess tiefgreifender Veränderungen in ihrer Struktur und ihrem Selbstverständnis. Vor allem sind es zwei Faktoren, die diesen Wandlungsprozeß beeinflussen: die Krise der kommunalen Selbstverwaltung und die kommunale Gebietsreform. Wir müssen uns gerade während dieser kritischen Prozesse mit an der Suche nach einem neuen Standort für die Kommunalpolitik beteiligen. Sonst nämlich wird dieser alles entscheidende gesellschaftspolitische Bereich von anderen Kräften gestaltet werden.

Die kommunale Selbstverwaltung im alten Sinne ist unwirklich geworden. In der Tat ist es heute nicht mehr möglich, daß kleine Gemeinden alles und jedes selbst planen und durchführen, wozu ihnen aber nach dem Prinzip der Selbstverwaltung das Recht zusteht. Hinzu kommt, daß es neben relativ leistungsstarken Gemeinden leistungsschwache gibt, daß Verwaltungsgrenzen nicht mehr den Voraussetzungen entsprechen, die bei ihrer Entstehung gegolten haben; von der allgemeinen Finanzmisere der Gemeinden soll erst gar nicht gesprochen werden. Die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in unserer Gesellschaft vollzogen haben und die bei weitem noch nicht abgeschlossen sind, haben vollkommen neue Ansprüche hervorgebracht. Industrialisierung mit ihrem Zug zur Masse, zur Mobilität und zur Konzentration bringt zunehmende Aufgabenverpflichtungen und damit den Zwang zur großräumigen Aufgabenerfüllung mit sich. Und das wiederum bedeutet, daß die kommunale Autonomie bei der Aufgabenerfüllung zurückgehen wird.

Bei dieser Entwicklung könnte man resignierend den Schluß ziehen, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ein Zopf ist, der abgeschnitten, der - wie so vieles andere - dem Fortschritt geopfert werden muß. Das Gegenteil ist der Fall. Das Selbstverwaltungsrecht wird sich von der autonomen Aufgabenerfüllung zwar notgedrungen weitgehend abwenden müssen, es wird sich jedoch verlagern auf die Funktion einer parlamentarischen Kontrolle der lokalen Verwaltung. Wenn man bedenkt, daß die Ausweitung der öffentlichen Verwaltung nicht nur dem Parkinson'schen Gesetz folgt, sondern unabweisbaren Grundbedürfnissen einer hochspezialisierten und komplexstrukturierten Gesellschaft, dann wird deutlich, welche Bedeutung hier die kommunale Selbstverwaltung gewinnen kann, wenn diese Chance erkannt wird. Hier handelt es sich um eine Aufgabe, die in der Vergangenheit keineswegs bewältigt worden ist - von deren Wahrnehmung es aber abhängen wird, wie human unsere Verwaltung sein wird.

Aber diese Aufgabe kann nicht von Ratsmitgliedern allein wahrgenommen werden, gerade wenn im Zuge der Gebietsreform immer größere, immer unüberschaubarere Verwaltungseinheiten und Behördenapparate entstehen. Man hat bei der Gebietsreform über

die Notwendigkeit zur Schaffung funktionsfähiger, leistungsstarker, rationell arbeitender Gebietskörperschaften ganz vergessen, auch die Kehrseite der Medaille zu beachten, daß dadurch die "Bürgernähe" der politischen und Verwaltungsebenen aufgehoben wurde. Entfernung bedeutet Entfremdung, und wenn man die Schaffung großräumiger Verwaltungen um der Effektivierung willen begrüßt, so muß man neue Wege öffnen, um die Partizipation der "Verwalteten" zu ermöglichen. Hier zeichnet sich die Entwicklung eines Problembewußtseins ab, nicht zuletzt durch die "Aufmüpfigkeit" mancher Bürger, die sich in "Foren" zusammenschließen oder "Bürgeraktionen" bilden, weil sie es satt haben, verplant zu werden. Es müssen Wege gefunden werden, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger in der Kommunalarbeit zu verbreitern, gleichzeitig muß dieses Angebot von den Themen und der Methode der Mitarbeit her für den heutigen Bürger attraktiv gemacht werden.

Vor allem liegt hier ein weites Feld für die Arbeit der Partei (als Gegenpol zur Fraktion), die unter diesen Aspekten neue Chancen der Einflußnahme gewänne. Aber auch sie darf sich nicht nur auf ihre organisierte Mitgliedschaft beschränken, sondern muß sich entsprechend weit der Mitwirkungsbereitschaft aller Bürger, auch der Nichtmitglieder, öffnen. Das vielzitierte Wort von der notwendigen Basisarbeit könnte so gesehen an Aufrichtigkeit und Bedeutung gewinnen: wenn sie gesehen wird als ein Mittel, die Isolation des Bürgers aufzuheben und eine technokratische Verwaltung zu humanisieren.

## 16. MITTELSTANDSKONGRESS DER CDU/CSU

Vom 12. - 13. September 1971 findet in Bremen der 16. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU statt. Der Vorsitzende dieser Vereinigung, Egon Lampersbach, MdB, erklärte gegenüber der "Evangelischen Verantwortung", daß diese Tagung der breiten Öffentlichkeit ein Bild von der Bedeutung und Aufgabenstellung einer zeitgerechten Mittelstandspolitik vermitteln soll. Als Referenten konnten neben Dr. Kurt Georg Kiesinger u.a. auch die Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Dr. Gerhard Stoltenberg, und Rheinland-Pfalz, Dr. Helmut Kohl, gewonnen werden. Die Leser der "Evangelischen Verantwortung" sind zu dieser Tagung herzlich eingeladen. Der Hauptgeschäftsführer der Mittelstandsvereinigung, Rechtsanwalt Heinz-Ulrich Stürmann, 53 Bonn, Heußallee 40, sendet auf Wunsch Anmelde- und Tagungsunterlagen gerne zu.

## ÜBER DIE HOCHSCHULEN ZUR MACHT

---

- Analyse des Spartakus -

Peter Hintze

An den Universitäten in unserem Lande ist es ruhiger geworden. Eine Ausnahme macht nur die FU in Berlin, wo kürzlich eine Gruppe anarchokommunistischer Studenten dem Politologieprofessor Alexander Schwan durch einen Sturz aus dem Fenster das Genick brechen wollte. Schwan gehörte anfangs zu den eifrigsten Befürwortern des OSI-(Otto-Suhr-Institut - Politische Wissenschaften)- Reformmodells, das den Studenten größte Mitbestimmungsrechte an der Uni einräumte. Auch die Uni in München erregte vor kurzem Aufsehen, als 1200 Polizeibeamte notwendig waren, um die ordentliche Rektorwahl zu ermöglichen, die linke Rollkommandos schon zweimal durch Sprengung verhindert hatten, weil ihnen Professor Lobcovicz, der einzige Kandidat, zu "rechts" erschien. Aber diese spektakulären Ereignisse sind zur Ausnahme geworden. Die Zeit der großen Demonstrationen, mit Straßenschlachten, zerborstenen Kaufhaus- und Zeitungsverlagsfronten ist vorbei. Die Bilder von umgestürzten Autos, blutenden Demonstranten und Polizeibeamten, von Steinen bombardierten Wasserwerfern, Bilder, die die Öffentlichkeit verschreckten und der NPD zum Einzug in verschiedene Landtage verhalf, gehören der Vergangenheit an. Die Protestbewegung verschwand genauso schnell von der Oberfläche, wie sie gekommen war. Die Notstandsgesetze wurden verabschiedet, die Revolutionäre zogen ihre Marschstiefel aus.

Was ist aus den Antreibern der Protestbewegung geworden? Wo stecken sie heute? Motor der großen Unruhen war ohne Zweifel der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), ursprünglich Studentenverband der SPD, dann abtrünnig geworden und schließlich ausgestoßen. Bald mauserte sich der SDS zum Flaggschiff verschiedenster kommunistischer, sozialistischer und anarchistischer Gruppen und Grüppchen. Klar beherrscht wurde der SDS vom antiautoritären Flügel, die KP-Fraktion vermochte sich nicht durchzusetzen. (Siehe hierzu auch: Gerd Langguth "Die Entwicklung der Protestbewegung und ihre gesellschaftspolitische Bedeutung in der Bundesrepublik" in: "Die studentische Protestbewegung", Hase & Köhler Verlag, Mainz).

Der SDS brach zusammen, und aus seinen Trümmern baute die junge DKP, selbst erst 1968 wiedergegründet, eine neue schlagkräftige Organisation, den SPARTAKUS. Unter wechselnden Namen (SDS-SPARTAKUS, SPARTAKUS-AMS (Assoziation Marxistischer Studenten), SPARTAKUS) tauchte diese Gruppe an mehr und mehr Hochschulen auf; Funktionäre des SDS-KP-Flügels sammelten alles, was geeignet schien, für einen neuen Anfang und Schulungskurse in der DDR besorgten dann den Rest. Mit ideologischem und rhetorischem Schliff versehen, ausreichend versorgt mit materieller Hilfe, begann der Sturm auf die Institutionen.

Die Taktik war klar abgesteckt. Zum einen wollte der SPARTAKUS in allen Fachbereichen Tritt fassen; dies gelang durch mühevollen Klein- und Sacharbeit. So gelang die Eroberung einer großen Zahl von Fachschaftsvorständen. Zum anderen war die Gewinnung eines starken Koalitionspartners wichtig, am besten einen, den man nach einiger Zeit durch Aufsaugen der führenden Leute ganz vereinnahmen konnte. Genau solch ein Partner wurde der SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund), Nachfolgeorganisation des SDS im wahrsten Sinne des Wortes. Auch der SHB hatte sich weg von der Partei entwickelt und war voll zur Kooperation bereit; der SHB hat eine beachtlich hohe Mitgliederzahl und verfügt über die absolute Mehrheit in einer Reihe von ASten in der BRD.

Nachdem man sich etabliert hatte und die ersten Erfolge eingetreten waren - so in Bonn, wo SPARTAKIST Ingo Thieé mit den Stimmen des SHB zum AStA-Chef gekürt wurde, - konnte man zur Gründung eines Bundesverbandes schreiten. Am 20.-22. Mai war es dann soweit. In der Bonner Mensa trafen sich die Delegierten von etwa 40 SPARTAKUS-Gruppen, um den MSB (Marxistischen Studenten Bund)-SPARTAKUS aus der Taufe zu heben. Alles war gut vorprogrammiert. Der designierte 1. Sekretär, Christoph Strawe, hielt sein dreistündiges Hauptreferat, andere Delegierte ergänzten, keiner kritisierte den Genossen Strawe. Mit Jubel wurden die Grußadressen der kommunistischen Brüder aus dem Ostblock aufgenommen, und zum Schluß schritt man zu den Wahlen. Die alten SDS-KP Genossen Strawe, Blücher und Maercks bilden die Verbandsspitze, aber auch ehemalige SHB-Prominenz wurde mit einem Vorstandssitz belohnt, so Steffen Lehndorff, der noch im letzten VDS-Vorstand (Verband Deutscher Studentenschaften) den SHB repräsentierte.

Was ist nun Ziel dieses Verbandes? Welche Rolle spielt der SPARTAKUS für die DKP?

Formal gesehen ist der SPARTAKUS eine von der DKP unabhängige Hochschulgruppe. Allerdings ist ein Großteil seiner Mitglieder, und nahezu alle seine Spitzenfunktionäre, Mitglied in der DKP. Hierin liegt natürlich auch eine Schwierigkeit, weil die enge ideologische Verkettung mit der SED und KPdSU auch zu Angriffen aus linken Reihen genügend Angriffsflächen bietet. Alles in allem jedoch hat die DKP an der Hochschule einen guten Stand. Hier werden Lehrer, Juristen und Volkswirte ausgebildet, die morgen führende Positionen in Behörden, Schulen und Unternehmen innehaben. Allesamt Multiplikatoren, die der DKP mehr Erfolg versprechen, als all ihre Betriebsgruppen. Zudem bringt der SPARTAKUS der DKP eine ganze Reihe neuer junger Mitglieder und macht so den westdeutschen KP-Apparat funktionsfähiger. Ziel der DKP ist zweifellos ein Hineinwachsen in diese Gesellschaft und nicht zuletzt eine Einflußnahme auf den linken Flügel der Sozialdemokratie nach dem Vorbild der Hochschulbündnisse. Der SPARTAKUS geht nämlich neuerdings dazu über, mit dem SHB Einheitslisten aufzustellen.

So traten auch bei den Wahlen zum satzunggebenden Konvent der Universität Bonn SPARTAKISTEN und SHB-Vertreter, sowie

eine Reihe anderer Linkskandidaten auf einer Gemeinschaftsliste an. Da das Wahlrecht nur die Stimmabgabe für eine Liste vorsieht und es keine zweite "linke Liste" gab, hatte diese Liste von "SPARTAKUS-SHB-UNABHÄNGIGEN" den Charakter einer Volksfront nach SED-Vorbild. Demgegenüber standen drei demokratische Listen: 1.) der RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten); 2.) die ADM (Aktion Demokratische Mitte, eine dem RCDS verbundene Gruppe); 3.) der LHB (Liberaler Hochschulbund, die neue Hochschulgruppe der F.D.P.). Die kommunistische Einheitsliste wurde angeführt vom VDS-Vorstandsmitglied Matthias Albrecht (SHB) und vom AStA-Chef Ingo Thieé (SPARTAKUS), der auf Listenplatz 2 folgte. Beim RCDS war Bundesvorsitzender Gerd Langguth Listenführer. Der Wahlkampf zeichnete sich durch eine extrem hohe Wahlbeteiligung von 71 % aus. Die Einheitsliste hatte sich die absolute Mehrheit der Sitze (13) zum Ziel gesetzt. Das Ergebnis (8 Sitze) war für die linken Volksfrontler mehr als niederschmetternd. Die demokratischen Gruppierungen erhielten 2/3 der Konventssitze (RCDS 6, ADM 5, LHB 5). Dennoch waren für den SPARTAKUS diese Bonner Wahlen ein Erfolg. Die formal erreichte Einheit mit anderen Linkskräften, die sozialistische Einheitsliste, war die empfindliche Stimmeneinbuße wert. Und immerhin erteilten der SED-Liste 1/3 der wählenden Studenten ihr Plazet.

Hier stellt sich natürlich auch generell die Frage, wer an den deutschen Hochschulen überhaupt den Kampf gegen den SPARTAKUS aufnimmt. Der ehemals sozialdemokratische SHB wurde schon oben geschildert, die DSU (Deutsche Studenten Union) hat nur wenige Hochschulgruppen, ebenso der LHB. Übrig bleibt als einziger großer, überregionaler Verband der RCDS. Die Schwierigkeit dieses Verbandes liegt darin, daß die Studenten den RCDS mit der CDU/CSU identifizieren. Wie Umfragen ergeben haben, sind aber nur ca. 22-25 % der Studenten CDU-Wähler. (Die CDU ist unattraktiv für die Mehrheit der Studenten, weil es den Massenmedien gelungen ist, ihr ein rechtes Image anzuhängen. Was der Union fehlt, ist ein klarer Leitgedanke - wie es in den 50-er Jahren die soziale Marktwirtschaft war - der junge Menschen wieder begeistern kann.) Von daher ist es dem RCDS fast unmöglich, allein an einer Hochschule die absolute Mehrheit zu erringen - eine Ausnahme macht hier die PH-Paderborn, wo der RCDS in diesem Jahr mit 78 % der Stimmen den alten SHB-AStA hinwegfegte. Als zweite Schwierigkeit erweist sich, daß sich der JU (Junge Union)-Student lieber der Pflege seiner Parteikarriere widmet, als sich aktiv im RCDS zu engagieren.

Vielfach unterschätzt man die Gefahr, die der SPARTAKUS darstellt. Man darf sich nicht dadurch täuschen lassen, daß sich die DKP-Leute wie aufrechte Demokraten benehmen. Die Revolutionäre der Protestbewegung lärmten lautstark. Davon hält der SPARTAKUS wenig. Taktik der DKP ist es, leise und friedlich Positionen in dieser Gesellschaft einzunehmen, um dann in Bündnissen mit Linkskreisen der SPD ihr Volksfrontkonzept durchzubringen. Die Koalition zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Studenten zeigt, daß dieses Konzept Chancen hat.

BETREUUNG DER GASTARBEITER

---

Heinz Rudolph

Zur Zeit leben rund 2,2 Millionen Türken, Griechen, Jugoslawen, Italiener und Spanier unter uns, der größere Teil von ihnen schon seit über zehn Jahren. Männer, Frauen und Mädchen aus den Nachbarländern werden aller Voraussicht nach für längere Zeit in der Bundesrepublik leben und arbeiten. Deshalb ist die Frage berechtigt: gehören diese Arbeiter und Arbeiterinnen eigentlich inzwischen zu uns? Was heißt eigentlich 'Gast'-Arbeiter, und warum soll ein anderer Name gefunden werden, sogar mit Preisen für einen besseren Namen prämiert?

Aus der Praxis sollen nachstehend einige Empfehlungen für unsere 'Gäste' gegeben werden. Anregungen, wie man diese Gäste betreut und so führt, daß sie sich in unserer Mitte wohlfühlen können. Nur wer sich geborgen fühlt, kann vollwertige Arbeit leisten. Uns will bei dieser Betrachtung scheinen, daß die Bezeichnung 'Gast'-Arbeiter treffend ist, wenn wir den Begriff neu fassen. Gast hat immer etwas mit Gastlichkeit, mit Geborgenheit und Vertrauen zu tun. Für alle, nicht etwa nur für die Arbeitgeber, ist darum ein weites Betätigungsfeld gewiesen.

Das erste und vielleicht wichtigste Problem ist die Sorge für eine menschenwürdige Unterbringung der Gastarbeiter. Sofern der Arbeitgeber die Unterkunft nicht selbst stellen kann, sollte er, bzw. sein Personalbüro tatkräftige Unterstützung bei der Wohnungssuche geben, z.B. Verhandlungen mit Maklern und Vermietern führen, damit die Gastarbeiter nicht Betrügnern und Wuchern ausgeliefert sind. Gegebenenfalls empfiehlt sich der Bau oder die Anmietung entsprechender Gebäude als Wohnheime. Die am 1. April des Jahres inkraft getretenen Richtlinien sollten beachtet werden. Die Richtlinien sehen vor, daß u.a. in einem Schlafrum nur noch vier statt bisher sechs Personen untergebracht werden dürfen. Pro Person muß eine Gesamtwohnfläche von acht statt bisher vier qm zur Verfügung stehen. Ein Schlafrum für vier Personen muß also eine Gesamtwohnfläche von mindestens 32 qm haben. Außerdem enthalten die Richtlinien neue Vorschriften für die sanitären Anlagen. Die Bundesanstalt für Arbeit wird in Zukunft die Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer davon abhängig machen, ob die Unterkünfte diesen modernen wohnungshygienischen Anforderungen genügen.

Es genügt nicht, davon zu sprechen, daß diese Ausländer 'auch Menschen' sind, sondern es gehört zu den Obliegenheiten der Betriebsführungen, Spannungen, die zwischen Deutschen und Ausländern oft im Untergrund schwelen, von vornherein in Rechnung zu stellen und abzubauen. Beide Gruppen dürfen auf keinen Fall

gegeneinander ausgespielt werden. Gastarbeiter leiden oft unter Minderwertigkeitsgefühlen, die durch Anpassungsschwierigkeiten und dem Unvermögen, sich verständlich zu machen, noch verstärkt werden. Hierauf müssen alle leitenden Mitarbeiter, z.B. auch Meister und Vorarbeiter, nachdrücklich hingewiesen werden. Den Gastarbeitern muß auf der anderen Seite klargemacht werden, daß die abwartende Einstellung der einheimischen Kollegen nicht unbedingt Ablehnung bedeutet.

Auch kleinere Betriebe sollten einen 'Beauftragten für Gastarbeiter' bestimmen. Ideal ist es, wenn dieser auch als Dolmetscher fungieren kann. Er hat dann aber eine Schlüsselposition und kann schweren Schaden anrichten, wenn er nicht loyal ist oder seinen Einfluß mißbraucht. Daher muß die Firmenleitung auf die Auswahl und Beobachtung des Beauftragten größte Sorgfalt verwenden. Im Betriebsinteresse ist es dringend erforderlich, daß die Gastarbeiter sofort bei Arbeitseintritt mit allen Einzelheiten der Unfallverhütung vertraut gemacht werden. Ebenso wichtig ist die Unterweisung in allen einschlägigen Gesundheitsvorschriften. Bevor ausländische Arbeitskräfte in wichtige Arbeitsgänge eingereiht werden, müssen sie sorgfältig geschult und eingewiesen werden. Die Betriebe berichten von erheblichen Schäden, die ihre Ursache oft in mangelnder Einweisung und Unterrichtung hatten. Die spätere, berufliche Förderung und Schulung muß gezielt und systematisch vor sich gehen; gedankenloses Improvisieren kann sehr kostspielig werden.

Die Betriebe sollten auch für die Entspannung und Erholung in der Freizeit sorgen, z.B. durch Unterstützung von Gastarbeiter-Vereinigungen, Sportverbänden, kirchlichen Organisationen, usw. Heute ist bereits jeder zehnte Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ein Ausländer. Man rechnet damit, daß bald jeder neunte Arbeitnehmer aus einem fremden Land stammt. Wir müssen uns also langfristig darauf einstellen, mit fast 1/2 Million Jugoslawen, 450.000 Türken, 400.000 Italienern, 270.000 Griechen und 190.000 Spaniern zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten.

Die 2,2 Millionen ausländischen Arbeitnehmer bedeuten keinen 'Ballast' für die deutsche Wirtschaft, sondern tragen genau wie die deutschen Arbeitnehmer zum wirtschaftlichen Wachstum unseres Landes bei. Schritt um Schritt werden die Gastarbeiter in arbeits- und sozialrechtlicher Hinsicht ihren deutschen Kollegen gleichgestellt.

Der Integrationsprozess muß beschleunigt werden. Die vielen Mühen und Betreuungsmaßnahmen sind aber nicht nur in ökonomischer Hinsicht erforderlich, sondern die Arbeiter und Arbeiterinnen aus den uns umgebenden Nachbarländern bleiben auch im humanitären und christlichen Sinne unsere 'Gäste', die unserer Fürsorge anvertraut sind.

## GASTARBEITER - NIGGER UNSERER GESELLSCHAFT ?

Norbert Blüm

Es ist schon eine wundersame Welt, in der wir wohnen. Nicht alles, was verkehrt ist, wird als verdreht entdeckt. Aber auch wenn man auf dem Kopf steht, entdeckt man die Verdrehung eines Bildes nicht. Nicht alles, was als normal gilt, ist deshalb schon selbstverständlich. Wieso eigentlich müssen Menschen den Maschinen nachreisen und nicht umgekehrt? Daß es Gastarbeiter auch hierzulande gibt, gilt als normal, selbstverständlich ist es nicht.

Doch wir haben sie, die Gastarbeiter. Sie sind zu uns gekommen, um einen Arbeitsplatz zu finden. Wir brauchten Arbeitskräfte. Also reisten sie zu unseren Maschinen. Es nutzt ihnen wenig, wenn Systematiker erklären, besser wäre es umgekehrt: Wir hätten die Arbeitsplätze zu ihnen schicken sollen. Denn erstens geht das nicht so leicht und zweitens haben wir es eben nicht oder nicht ausreichend gemacht. Selbst der Trost, daß wir dieses Weltwirtschaftssystem verändern wollen, in dem noch immer bevorzugt die Kapitalströme das Arbeitspotential plazieren, ist nur ein schwacher Trost. Die Umstrukturierung ist ein langfristiger Prozeß und langfristig sind auch Gastarbeiter tot.

Hier und heute muß geholfen werden.

Die Hilfe beginnt bereits bei der Arbeitsvermittlung. Die Probleme stellen sich besonders bei jenen Gastarbeitern, die aus Ländern jenseits der EWG kommen und deshalb eine besondere Arbeitserlaubnis benötigen. Man schätzt, daß 15 von 100 Gastarbeitern hier illegal arbeiten, im Baugewerbe sollen es stellenweise bis zu 80 % sein. Freilich war so gut wie allen von diesen gastlichen Schwarzarbeitern ein deutscher Arbeitsvermittler "behilflich", und diese Hilfe ließ er sich etwas kosten. Auf Gedeih und Verderb diesen Händlern ausgesetzt, gibt es nur schwache Gegenwehr. Die mit Arbeitskräften etwas außerhalb der Legalität versorgten Unternehmen rechnen häufig direkt mit dem Vermittler ab. So zahlte eine Münchner Baufirma einen Stundenlohn von DM 13,-- an den vermittelnden Menschenhändler, von denen dieser genau DM 2,20 pro Stunde an den vermittelten Gastarbeiter weitergab. Diesen modernen Sklavenhändlern muß das Geschäft verdorben werden. Unsere Gerichte jedoch denken nicht so schlecht von solchen "Vermittlern". Die Strafe, eine Geldstrafe, ist meist erträglich und läßt sich in der privaten Ertragsrechnung zur Not noch als 'Unkosten' verkraften.

500.000 Kinder von Gastarbeitern sind in Deutschland. 90.000 besuchen eine Schule oder sitzen dort ihr Stundensoll ab. Viele aber haben selbst diese Pflicht aufgegeben. Was auch soll ein 10-jähriger Sizilianer in der ersten Klasse - er versteht nicht einmal das deutsche ABC. So vermittelt ihm die Schule in erster Linie die Kenntnis seiner Isolierung. Die Gastarbei-

ter sind die Nigger unserer Gesellschaft. Wir holen sie für Arbeiten, für die wir uns allesamt zu schade sind. Unter den Müllkutschern, den Rottenarbeitern bei der Bundesbahn, den Kulis auf den Bauplätzen finden wir unsere ausländischen Mitbürger.

Selbst unseren Vollbeschäftigungsängsten schaffen sie Beruhigung, denn zwei Millionen Gastarbeiter sind ein beruhigendes Beschäftigungspolster. Wenn die Arbeitsplätze rarer werden, dann, so denken sich viele von uns, sind ja immer noch die Gastarbeiter da, die wir zwar mit Mühe in der Hochkonjunktur hereingeschafft haben, aber ohne viel Mühe in der Depression hinausschmeißen können.

Wiegesagt: wir haben unsere Nigger. Warum also in die Ferne schweifen, wo unsere "Rassenprobleme" so nahe liegen.

#### KURZ NOTIERT

Mehr als 8000, überwiegend jugendliche Besucher nahmen in Hannover an der dreitägigen deutschen Tagung der Jugendbünde für Entschiedenes Christentum (EC) teil, die am Sonntagaben, 1. August, mit einem "Abend der Mission und Diakonie" in der Stadthalle beendet wurde. In zehn öffentlichen Versammlungen hatten sich die Teilnehmer, die aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus dem Ausland stammten, in Vorträgen, Diskussionen, Gottesdiensten und Evangelisationen mit dem Tagungsthema "Nehmet einander an" beschäftigt.

#### UNSERE AUTOREN:

- Dr. Johann-Tönjes Cassens: Spitzenkandidat der CDU des Landes Bremen, Rechtsanwalt und Notar, MdBB, 28 Bremen, Am Markt 17
- Dr. Rüdiger Göb: Ministerialdirektor a.D., Bundesgeschäftsführer der CDU, 53 Bonn, Nassestraße 2
- Peter Hintze: Stud.ev.theol., Bundesgeschäftsführer des RCDS, 53 Bonn, Kronprinzenstraße 29
- Dr. Heinz Rudolph: Staatsminister a.D., 4 Düsseldorf, Ernst-Poensgen-Allee 5
- Dr. Norbert Blüm: Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, 533 Königswinter, Adam Stegerwald-Haus

---

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen  
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU  
53 Bonn/Rhein, Kaiserstraße 22, Ruf 02221-652931  
Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten

---